

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Montag

1. Februar 1926

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtnisplatz 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Der Fememordprozess in der Dunkelkammer

Ausschluss der Öffentlichkeit während der Gaudauer der Verhandlungen.

Die unberechtigte Einwirkung Stresemanns und Luthers auf das Berliner Schwurgericht ist nicht ohne Erfolg geblieben. Das Gericht hat, was man trotz allem nicht für möglich gehalten, heute für die ganze Dauer des Verfahrens gegen die Fememörder die Öffentlichkeit ausgeschlossen!

Dem deutschen Volke soll dadurch die Möglichkeit versperrt werden, die Wahrheit über die „Schwarze Reichswehr“ und ihre Mordtaten zu erfahren.

Das Gericht erklärt, im Interesse der Staatssicherheit sei der Ausschluss der Öffentlichkeit notwendig. Das heißt mit anderen und klareren Worten: Wenn das, was hier verhandelt wird, bekannt wird und besonders dem Ausland bekannt wird, dann bedeutet das eine Gefahr für das Deutsche Reich! Die Geheimnisse der Fememörder sind Geheimnisse des Deutschen Reichs!

Die Schlussfolgerungen, die das Ausland aus diesem Gerichtsbeschluss ziehen wird, liegen auf der Hand. Der Reichsaußenminister mühte, wenn er wirklich dem Deutschen Reich nach außen dienen wollte, diese Schlussfolgerungen vorhersehen und deshalb mit allen Mitteln auf die Durchführung der vollsten Öffentlichkeit des Verfahrens dringen. Schon um zu zeigen, daß der „Geist von Bocarno“ wirklich und wahrhaftig den schwarzen Geist der „Schwarzen Reichswehr“ verdrängt habe und heute nichts mehr von dem Spuk vorhanden sei, der einst Deutschland und die Welt beunruhigte.

Statt dessen hat Stresemann augenscheinlich unter dem Einfluß gewisser Reichswehrstellen sich dafür stark gemacht, daß der Eindruck erweckt wird, als ob nach heute Schwarze Reichswehr besteht, als ob ihr Bestehen auch heute noch verunsichert wird.

Die „außenpolitischen“ Gründe, die diesen Druck auf das Gericht herbeiführten, bedeuten keine Entlastung, sondern eine schwere Belastung des heutigen Deutschland. Schon die Begründung, die der deutsch-nationale Rechtsanwalt Sack seinem Antrag auf Geheimhaltung auf den öffentlichen Weg gab, zeigt, daß das Interesse der Reichswehr die Geheimhaltung erfordert!

Es soll verborgen bleiben, was längst alle Spähen von den Dächern pfeifen, was die Entente besser weiß, als die Deutschen, was schließlich auch in den deutschen Parlamenten längst öffentlich ausgesprochen wurde: daß die „Schwarze Reichswehr“ zumindest von gewissen Stellen der offiziellen Reichswehr gebildet und geradezu großgezogen worden ist!

Der Ausschluss der Öffentlichkeit bedeutet ein Eingeständnis der Schuld dieser Regierungsstellen. Er bedeutet darüber hinaus das Geständnis, daß die politischen Zustände, die die Zeit der Fememorde kennzeichnen, derartige waren, daß ihr Geruch noch heute verpestend in Deutschland wirken würde.

Geheime aber bedeutet der Ausschluss der Öffentlichkeit — sogar einem Reichstagsabgeordneten wurde der Zutritt verweigert — eine Kampfansage an die deutschen Republikaner. Die Mordtaten werden vor der öffentlichen Welt geschützt. Ihnen wird ein „nationales“ Räntelchen umgehängt, um ihnen mildere Umstände zu verschaffen. Inzwischen aber sind in ganz Deutschland Hunderte von Arbeitern — nicht nur kommunistische — zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden, weil sie sich zur Abwehr der Schwarzen Reichswehr-Banden organisiert hatten!

Die Mörderorganisation hat jahrelang unter dem Schutz gewisser Reichsstellen gestanden. Es ist nicht das Verdienst dieser Reichsstellen, wenn der Sumpf schließlich doch aufgedeckt und eine Gerichtsverhandlung ermöglicht wurde. Aber ihr Bestreben ist, den Sumpf wieder zuzudecken und das deutsche Volk im Dunkel über die reaktionären „national-kommunistischen Haufen“ zu lassen, über die man es jahrelang angegeschwindelt hat.

Aber selbst der Beschluß der Bombe-Kammer kann nicht verhindern, daß die Mörderlumpenpanee vom staatlichen Schießplatz Döberitz und ihre Hintermänner vollkommen ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden!

Vor dem Schwurgericht des Landgerichtes III begann heute vormittag unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe der erste Berliner Fememordprozess wegen Ermordung des Schützen Panier, bzw. wegen Beihilfe, Mittäterschaft und Mitschuldhaftigkeit haben sich folgende Angeklagte zu verantworten:

1. Der Fahrstuhlführer Friedrich Schirmann,
2. der Polizeiwachmann Johann Stein aus Steglitz,
3. der Feldschützbeamte Alfred Wickenkampff aus Kranzien,
4. Der Gärtner und Schütze beim Reichsmehrinfanterieregiment 6, Arnold Schmidt in Schwerin,
5. der Angestellte im Reichslandbund, Leutnant a. D. Theodor Bann aus Schwerin,

6. der Dolmetschinspektor Hauptmann a. D. Max Gutknecht aus Rhenburg,
7. der landwirtschaftliche Dolmetsch und Oberleutnant a. D. Eberhardt Freiherr v. Senden aus Zehden (Oder),
8. der Angestellte beim Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Gerhard Stegelbach aus Berlin,
9. der Eisenbahnbildhauer Franz Weder aus Berlin,
10. der Kandidat der Volkswirtschaft Rolf Zeißler aus Reutlingen,
11. der ehemalige Gefreite und jetzige Beamtenanwärter Oskar Snehlage.

Die Verteidigung der Angeklagten haben die Anwälte Justizrat Hahn, Rechtsanwalt Bloch, Rechtsanwalt Dr. Sack, Redlowitz und Grünwald übernommen. Die Anklage wird von Oberstaatsanwalt Sethe und Ersten Staatsanwalt Jäger vertreten. Wie erinnert, war in Döberitz unter dem Kommando des Hauptmanns Gutknecht eine Formation der Schwarzen Reichswehr aufgestellt worden, deren eine Kompanie unter dem Kommando des Leutnants Bann stand. In dieser Kompanie war der Ermordete, der Schütze Panier, eingereiht. Eines Tages geriet Panier in den Verdacht, ein kommunistischer Spion zu sein. Er merkte aus kleinen Anzeichen, daß er „beseitigt“ werden sollte und entfloh nach Berlin zu seinen Eltern, wurde jedoch von dem Angeklagten, Feldwebel Schirmann, zurückgehol.

In diesem Tage gab der Angeklagte, Leutnant a. D. Bann, dem Angeklagten Wickenkampff zu verstehen, daß Panier beseitigt werden müsse.

Nach einigem Zögern willigte Wickenkampff ein, und am nächsten Tage wurde der Mord in einem Gehölz bei Döberitz von den Angeklagten Schirmann, Stein und Wickenkampff gemeinsam ausgeführt, die Panier durch Bellhiebe töteten, wobei der Angeklagte Schmidt Beihilfe leistete.

Vor der Verhandlung liefen bereits Gerüchte um, daß die Verhandlung vertagt werden würde. Es wurde behauptet, daß das Justizministerium die Anweisung gegeben habe, sämtliche schwebenden Verfahren zu verhindern, da alle Fälle dieser Straftaten zusammenzulassen bei dem in Untersuchungshaft befindlichen Oberleutnant Schulz. Offenbar ist man zu der Ansicht gekommen, daß man ein Hauptverfahren gegen Schulz eröffnen und alle Fälle in diesem weitgespannten Rahmen verhandeln soll.

Die Angeklagten sind fast alle noch jüngere Leute, die bei der Vernehmung über ihre Personalien die Hände zusammennehmen und in militärischer Haltung die Hände an die Hosennaht legen. Lediglich der Angeklagte Stegelberg, ein Mann mit weißgrauem Haar und Bart, macht den Eindruck eines älteren kleinen Bureaubeamten.

Borj.: Sind Anträge wegen Ausschluss der Öffentlichkeit zu stellen?

Oberstaatsanwalt: Ich habe keinen Anlaß, derartige Anträge zu stellen. — R.-A. Bloch: Ich schließe mich dem an, da Freiherr v. Senden von der linksstehenden Presse derart angegriffen wurde, daß er Anspruch darauf hat, öffentlich sich zu rechtfertigen. Es wird auch

keine Sensationen

hier geben, da der Sozialdemokrat Saenger und der kommunistische Rechtsanwalt Obuch im Parlament die Dinge derart behandelt haben, daß die Öffentlichkeit nichts Neues mehr erfahren wird.

R.-A. Dr. Sack: Ich bitte aus § 172 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Öffentlichkeit auszuschließen und sogar während meiner nun folgenden Begründung die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Presse hat zum Teil mit offensichtlich Unrichtigkeiten vor diesem Prozeß gearbeitet. Aber die Rücksicht auf außenpolitische Fragen und die Rücksicht auf das Ressort des Reichswehrministers zwingt mich, den Antrag auf Ausschluss zu stellen. — Justizrat Hahn schloß sich dem an.

Das Gericht beschloß daraufhin, während der Begründung des Antrages durch Dr. Sack die Öffentlichkeit auszuschließen, und zwar wurde dieser Beschluß nach einer nochmaligen kurzen Beratung auch auf die anwesenden Pressevertreter ausgedehnt.

Nach längerer unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführter Verhandlung verkündete Landgerichtsdirektor Bombe folgenden Beschluß:

„Das Gericht hat beschlossen, die Öffentlichkeit auszuschließen, da sie eine Gefährdung der Staatssicherheit bedeutet; nur den Vertretern des Ministeriums des Innern und des Polizeipräsidiums wird die Anwesenheit gestattet.“

Hierauf wurde der Saal geräumt.

Der Beschluß des Gerichts, die Öffentlichkeit während des ganzen Prozesses auszuschließen, löste überall großes Aufsehen und beträchtliche Erregung aus.

Am Schluß der Mitteilung des Vorsitzenden sprang Rechtsanwalt Dr. Sack auf und fiel dem Vorsitzenden mit der Frage ins Wort: „Hält der Herr Oberstaatsanwalt meinen Antrag aufrecht? Dieser Antrag des Oberstaatsanwaltes ist wahrscheinlich der gewesen, den ganzen Prozeß zu vertagen, wie zu Eingang des Berichtes angedeutet worden ist.“

Das Gericht war übrigens sehr streng darauf bedacht, die Öffentlichkeit restlos auszuschließen, denn als der Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Rosenfeld um die Erlaubnis bat, den Verhandlungen als Parlamentarier beiwohnen zu dürfen, wurde ihm vom Gericht dieser Wunsch strikt abgelehnt mit der Begründung, daß nur den Vertretern von Behörden Zutritt zur Geheimverhandlung gewährt werden könne.

Die Kölner Befreiungsfeier.

Vor dem Dom um Mitternacht. — Ansprachen des Oberbürgermeisters und des Ministerpräsidenten von Preußen.

Köln, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Punkt 12 Uhr nachts begann vor dem Kölner Dom die mitternächtliche Befreiungsfeier, die durch das Geläute der neuen großen Domglocke eingeleitet wurde. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich auf dem Domplatz und in den anschließenden Straßen zusammengedrängt. Als erster ergriff

Oberbürgermeister Dr. Adenauer

das Wort, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß mit der Räumung der ersten Besatzungszone auch ein neuer Geist in die Völker Europas einziehe. Die Grundzüge des Rechts und der Moral, die jeden Menschen als frei und gleichberechtigt erklären, mühten auch in Wahrheit nicht nur in Worten Geltung erhalten für die Gesellschaft der Völker. Die Ansprache, in der der Oberbürgermeister anerkannte, daß der abgezogene Gegner auf politischem Gebiet gerechtes Spiel habe walten lassen, rang aus in dem Schwur zur Einigkeit, zur Treue dem Volke, zur Liebe dem Vaterland. Ueberraschenderweise hatte sich zu der nächsten Feler der preußische

Ministerpräsident Gen. Braun

eingefunden, der von der Menge mit stürmischen Hochrufen empfangen wurde, als sie von seiner Anwesenheit Kenntnis erhielt. Der Ministerpräsident führte aus:

Sieben schwere Jahre der Fremdherrschaft hat die Bevölkerung der nunmehr geräumten ersten Rheinlandzone ertragen müssen. Wenn die militärische Besatzung eines Gebietes stets und überall eine starke Belastung der Bevölkerung bedeutet, so mußte das fremde Joch für die rheinische Bevölkerung um so schwerer und drückender sein, als das rheinische Volk immer ein Volk von einer ganz ausgeprägten Freiheitsliebe gewesen ist.

An der berechtigten Freude, welche die Bevölkerung des geräumten Gebietes in der gegenwärtigen Stunde über die langerehnte und jetzt wiedererrhaltene Freiheit empfindet, nimmt die preußische Staatsregierung den herzlichsten Anteil. Mit dieser Freude verbindet sich der unaussprechliche Dank der Staats-

regierung an alle Kreise der Bevölkerung! Um diesen Dank persönlich in der jetzigen mitternächtlichen Rundgebung auszusprechen, bin ich hier nach Köln geeilt.

Heißesten Dank sollen wir und werden wir immer zollen dafür, daß Rheinlands Männer und Frauen im Bewußtsein ihrer nationalen und wirtschaftlichen Verbundenheit mit dem unbefestigten Vaterland in den vergangenen sieben Jahren eine unerhörte Fülle heilsamen Leides und herben Ungemachs, wirtschaftlicher Not und harter Prüfungen erduldet haben!

Die Drangsale und Entbehrungen der Besatzungsjahre sind, was nicht oft und nachdrücklich genug betont werden kann, von der Bevölkerung des Rheinlandes für uns alle im unbefestigten Deutschland getragen worden! Diese Erkenntnis ist heute Gemeingut aller Deutschen geworden!

Wie bewußt und ehrlich trotz aller Sorgen

das Verantwortungsgefühl des rheinischen Volkes

und die Liebe dieses Volkes zu der Bevölkerung Gesamtdeutschlands gewesen ist, das kam in erhabender Weise zu kraftvollem Ausdruck in der denkwürdigen Rede, die der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer bei der rheinischen Jahrtausendfeier am Abend des 19. Juli des vorigen Jahres im historischen Gürzenichsaal in Köln gehalten hat. Damals lebten wir in einer Stunde außenpolitischer Spannung. Die Kölner Zone hätte nach dem Friedensvertrage schon geräumt sein müssen. Die Konferenz von Locarno war kaum in Sicht. In diesem Zeitpunkt außenpolitischer Schwierigkeiten hat der Kölner Oberbürgermeister in seiner Güzzenich-Rede die anwesenden Vertreter der Regierung und der Volkserrettung, man möge freiwillig in keine neuen Vösten und Ketten für Deutschland einwilligen, lieber wolle die rheinische Bevölkerung Not und Qual weiter tragen, bis Recht und Gerechtigkeit, auf deren Sieg das Rheinland fest vertraue, dem rheinischen Volk die Freiheit zurückgebe. Diese Bitte Adenauers fand in den folgenden Tagen allüberall im Rheinland ein lautes und uneingeschränktes Echo. Im unbefestigten Deutschland löste sie das Gefühl wärmsten Dankes und aufrichtigster Bewunderung aus!

Als dann in den Ostertagen des vorigen Jahres in Bocarno

die Fällkonferenz tagte, da war es der Wirtschaftsausschuss für das besetzte Gebiet, der am 12. Oktober 1925 von Düsseldorf aus eine Drahtung an unsere Delegation nach Locarno sandte, in der gebeten wurde, die deutsche Delegation möge bei den schwebenden Verhandlungen nur die Interessen des gesamten deutschen Vaterlandes berücksichtigen und auf die Kosten des besetzten Gebietes keine Rücksicht nehmen, wenn diese Rücksicht etwa nur durch Nachteile für Gesamtdeutschland erkauft werden müßte.

Die Geschichtsschreiber künftiger Jahre werden, wenn sie über die rheinische Besatzungszeit das endgültige Urteil zu fällen haben, auf diese beiden und ähnliche Dokumente noch oft zurückgreifen. Die preußische Staatsregierung ihrerseits wird, das versichere ich in dieser miternächtlichen Stunde feierlichst als preußischer Ministerpräsident, sich immer dankbar und stolz der in der Zeit nationaler Not von der Bevölkerung ihrer westlichen Grenzprovinz bewiesenen mannhaften

Treu und beispiellosen Opferwilligkeit

erinnern und in dieser Erinnerung, die stets lebendig bleiben soll, ihre besondere Fürsorge und Pflege dem rheinischen Volke angedeihen lassen!

Zu solcher Fürsorgebereitschaft rechne ich ganz selbstverständlich auch, daß die preußische Staatsregierung festen Willens ist, dem sozialen und kulturellen Bedürfnissen des Rheinlandes in größtmöglichem Umfang Rechnung zu tragen. Auf diese Weise glaubt sie am ehesten, das ihr vorliegende Ziel erreichen zu können, die letzten Ueberbleibsel des Mißtrauens, die im Rheinland aus einer früheren Zeit gegen Berlin noch vorhanden sein sollten, restlos zu beseitigen. Zu irgendwelchem Mißtrauen ist ja auch jeder Grund fortgefallen, nachdem durch die Verfassung des neuen Reichsstaates Preußen die Gesamtheit des Volkes, wie es Joseph von Görres, der große Sohn des Rheinlandes, schon vor mehr als hundert Jahren gefordert hatte, zum Träger der Staatsgewalt geworden ist.

Die Bevölkerung der Rheinlande stellt ein Fünftel und die Bevölkerung Rheinlands zusammen mit der in Wirtschaft, Kultur und Schicksal besonders verwachsenen Bevölkerung Westfalens ein Drittel der Gesamtheit des preußischen Volkes dar. Den politischen Willen und die kulturelle Eigenart, die sozialen und wirtschaftlichen Wünsche dieses Drittels des preußischen Volkes wird keine preußische Staatsregierung jemals vernachlässigen können, zumal es sich um ein Volksdrittel handelt, das ein so entwickeltes Wirtschaftsleben und eine so hochstehende Volkskultur aufweist, wie sie sich in solcher Gedrängtheit, Fortgeschrittenheit und Mannigfaltigkeit nirgendwo an keinem Punkte des Kontinents zum zweiten Male vorfinden. Dies führt zu unterstreichen liegt mir in dem jetzigen historischen Augenblick vornehmlich am Herzen, wo ein großer Teil des rheinischen Volkes, der seit der Schaffung des republikanischen Preußen unter der Besatzung leben mußte, die Freiheit wiedererlangt hat!

Unsere Freude am heutigen Tage wird freilich noch getrübt durch die schmerzliche Tatsache, daß mehr als vier Millionen Volksgenossen weiterhin unter fremder Besatzung leben müssen.

All diesen unsren noch leidenden Brüdern und Schwestern an Rhein, Mosel und Saar gelten in dieser Stunde unsere herzlichsten Grüße, unser aufrichtigster Dank und die unbedingt versicherte, daß wir nichts unversucht lassen wollen, um ihre Leiden zu lindern und abzurufen. Daß diese Vorkürzung in nicht zu fernster Zeit eintritt, ist unsere zureichende Hoffnung und bestimmte Erwartung!

Diese unsere Erwartung stützt sich auf den Geist der gegenwärtigen Völkerverständigung, von dem der Satz von Locarno getragen ist und der im Rahmen der europäischen Völkerverständigung, deren Einzelglieder jetzt gleichberechtigt sein sollen, Verständnis und Entgegenkommen auf allen Seiten zur Voraussetzung hat.

Aus innerstem Herzen und von der friedfertigsten Bestimmung geleitet, befehlt die Regierung der Republik Preußen jenen neuen und vielversprechenden, auf die moralische Entwaffnung Europas binzielenden Geist von Locarno! Sie ist gewillt, in ihrer ganzen Verwaltungspraxis mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gewissenhaft und treu Sorge zu tragen, daß der Gedanke des verständigen Ausgleiches und der friedlichen Schlichtung zwischen den Nationen sich mehr und mehr in das lebendige Bewußtsein aller Schichten unseres Volkes und namentlich auch der heranwachsenden Jugend, die nach der Reichsverfassung im Geiste der Völkerverständigung zu erziehen ist, umsetzt. Das sind wir unserem ganzen Volk, dessen durch den Weltkrieg zerrüttete Existenz nur in einer dauernden Friedens

wieder hergestellt werden kann, und — nicht an letzter Stelle — dem rheinischen Volke schuldig!

Unsere Freude am heutigen Tage wird aber auch weiter noch beeinträchtigt durch die

traurige Wirtschaftskrise.

die unseren gesamten Volkskörper erschüttert und über die weitesten Kreise Arbeitslosigkeit, Entbehrung, Hunger und Verzweiflung gebracht hat. Wenn die bedrohliche Zahl der Erwerbslosen, der Kurzarbeiter und der mitbetroffenen Familienangehörigen an sich schon zu größtmöglicher sozialer Sorge und Hilfe Anlaß ist, so gilt dies in verstärktem Umfang hier im Westen, wo die Arbeitslosigkeit nicht nur zahlenmäßig größer ist, sondern in den vorwiegend großstädtischen und industriellen Gebieten sich auch drückender und entmutigender auswirkt. Es wird des vereinten Zusammenwirkens aller Teile unseres Volkes bedürfen, um über die gegenwärtige Volksnot, dieser schwersten Auswirkung des verlorenen Krieges, hinwegzukommen und unserem arbeitssamen Volk in langsamem wirtschaftlichen Aufstieg eine lichtere Zukunft zu bereiten.

Leicht wird es uns nicht gemacht, besonders hier im Westen. Denn zu all dem Leid und Elend, das sich aus der Wirtschaftskrise ergibt, ist die rheinische Bevölkerung nun auch noch um die Jahresende von der verheerenden, in solchem Umfang seit mehr als hundert Jahren nicht beobachteten Hochwasserkatastrophe getroffen worden! Wie die Preußische Staatsregierung unmittelbar auf den ersten Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz eine halbe Million Mark zur Einleitung einer staatlichen Notstandsaktion zur Verfügung gestellt hat, so hat sie sich sogleich auch wegen Bereitstellung von Reichsmitteln mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt. Die Preußische Staatsregierung hat in der Folgezeit für die Hochwasserschädigten noch weitere Beträge von insgesamt zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Dies hat die Preußische Staatsregierung trotz der großen Finanznot des Staates freudig und gern getan, weil sie jetzt und in jeder späteren Zeit keine Gelegenheit veräumen wollte und will, um das in den schwierigsten Augenblicken der vergangenen Besatzungsjahre der rheinischen Bevölkerung mehrfach zugerufene Wort „Treu um Treu“ auch ihrerseits zur lebendigen Tat werden zu lassen und die Schicksalsverbundenheit der Rheinlande mit Preußen und dem Reich erneut zu betätigen!

Möge die weihenolle historische Stunde, in der wir hier am Fuße des heiligen Kölner Domes zusammengetreten sind, uns in dem erneuten Gelöbnis vereinen, treu zu Preußen, treu zum Reich zu stehen und nun, befreit von dem schmerzlichen Druck der Besatzung, in gemeinsamer zäher Aufbahrung unser deutsches Vaterland durch das Dunkel der trüben Gegenwart einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Die Feier selbst mit dem einleitenden Klang der deutschen Glocke, mit den Ansprachen des Oberbürgermeisters und des Ministerpräsidenten, dem Beifall und dem Deutschlandlied waren durch die Köln-Eibersfeld-Dorimunder Sendegesellschaft im Rundfunk über das gesamte Reich und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus verbreitet worden.

Aus Anlaß der endgültigen Räumung der ersten Zone des Rheinlandes hat der Reichspräsident an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz in einem Telegramm die Grüße und besten Wünsche und der Bevölkerung und den Behörden den Dank des Vaterlandes für das treue Aushalten übermüht. Das Telegramm schließt mit dem herzlichsten Wunsch aller Deutschen, daß auch dem übrigen besetzten Gebiet bald der Tag der Freiheit kommen möge.

Auch Reichstagspräsident Dr. Luther hat der Bevölkerung der ersten Zone in einem Telegramm den Dank der Reichsregierung ausgesprochen und darin hervorgehoben, daß sich die Gedanken der Reichsregierung vor allem auf die noch andauernde Not der zweiten und dritten Zone richten. Die Reichsregierung werde weiterhin ihre ganze Kraft daran setzen, für die Reichsteile, die noch unter fremder Besatzung bleiben, die Last zu erleichtern und die Dauer der Besatzung zu vermindern.

Köln im Fahnensturm.

Köln, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Anlaß der Räumung Kölns tragen seit Sonntag die öffentlichen Gebäude der Stadt und auch viele Privathäuser Fahnensturm. In den Arbeiterquartieren wehen durchweg schwarzrotgoldene Fahnen, während die Geschäftswelt in der inneren Stadt vielfach

die städtische Flagge gehißt hat. Schwarzweisse Fahnen sieht man fast nirgendwo. Der Kölner Dom, an dessen Portal in der Nacht vom Sonntag zum Montag viele Zehntausende zu einer großen Befreiungskundgebung zusammengeströmt waren, hat bezeichnenderweise keine einzige Fahne in den Reichsfarben gesloggt.

Befreiungskundgebung im Landtag.

Landtagspräsident Bartels eröffnete heute das Haus mit folgender Ansprache:

Gestern ist die erste besetzte Rheinlandzone endgültig geräumt worden. Etwa ein Fünftel des besetzten Gesamtgebietes ist damit von fremder militärischer Besatzung befreit. Mehr als ein Jahr haben unsere Brüder und Schwestern in dem Gebiet länger auf diese Stunde warten müssen, als es vertragsmäßig hätte sein sollen. Mit unseren Herzen waren wir bei ihnen, als sie in der vergangenen Nacht in einer würdigen Feier vor dem Kölner Dombau die endliche Befreiung begrüßen konnten. Dieses Ereignis gibt auch dem Preußischen Landtag lebhaften Anlaß, seiner besonderen Freude über das endlich Erreichte einmütig Ausdruck zu geben. Er entbietet der Bevölkerung des jetzt befreiten Gebietes seine herzlichsten Glückwünsche und dankt ihr zugleich für ihr treues Bekenntnis zu Preußen und Deutschland, indem sie auch in den schwersten Zeiten nicht wankend gewesen sind.

Der Landtag spricht dabei zugleich die Hoffnung aus, daß auch die Räumung der beiden weiteren Zonen in absehbarer Zeit, jedenfalls aber vor dem Ablauf der vertraglich bedungenen Fristen erfolgen möge.

Immer wird die Besatzung, ganz gleich, in welchen Formen sie sich vollzieht, als etwas Demütigendes empfunden werden, und solange sie besteht, wird sie nur geeignet sein, die so notwendige friedliche Annäherung der Völker zu erschweren. Das jetzt befreite Gebiet aber wird nun in der Lage sein, mit uns gemeinsam die Schäden der Besatzungszeit zu beseitigen und ungehindert am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten. Insbesondere gilt es, die schwere wirtschaftliche Krise, unter der unser Land und besonders auch das niederrheinische Gebiet so schwer leidet, zu beseitigen oder doch zunächst zu mildern. Daß dazu alles denkbare Mögliche getan wird, darin ist sich der Preußische Landtag einig und nichts feindsüchtiger wünschen wir in dieser Stunde, als daß neben der Befreiung von fremdem Druck unser Volk, insbesondere seine arbeitenden Schichten, auch von dem Druck wirtschaftlicher Notlage recht bald befreit werden möge. Mit dem Glückwunsch an das besetzte Gebiet beendete der Landtag zugleich diesen Wunsch und diesen Willen.

Das Haus hörte die Ansprache stehend an und beglückte sie mit lebhaften Beifallskundgebungen. Besonders der Schluß wird mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Klärung im Sachsenkonflikt.

Befriedigendes Ergebnis des Landesparteitages.

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Dresden der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie. Die Verhandlungen führten zu einem befriedigenden Ergebnis; es wurden Beschlüsse gefaßt, die eine Klärung im Sachsenkonflikt in sich schließen. Dem Parteitag gingen Verhandlungen der Landtagsfraktion und der Bezirksvorstände voraus, die in Anwesenheit der Genossen Stellung und Stahl vom Parteivorstand stattfanden. Ueber das tatsächliche Vorgehen wurden in den beiden Körperschaften übereinstimmende Beschlüsse herbeigeführt.

Der Verlauf der Landesversammlung.

Dresden, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, die am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahm einen guten Verlauf. Es ist zu hoffen, daß sie die Sozialdemokratie in Sachsen um ein gutes Stück vorwärts bringt. Der erste Tag war ausgefüllt von dem Referat des Genossen Edel über den organisatorischen Ausbau der Partei in Sachsen. Trotz aller Hemmnisse ist es möglich gewesen, die sächsische Organisation stark und festgelegt zu erhalten. Trotz aller politischen Wirren ist auf diesen Gebieten gute Planarbeit geleistet worden, die ihren vollen Wert erst dann erhalten wird, wenn die Folgen des Sachsenkonflikts überwunden sein werden.

Der zweite Tag war vor allem der Behandlung des Sachsenkonflikts gewidmet. Stundenlang harriert Hunderte von Partei-

Frühlingsahnung.

Von Alfred Frische.

Leise schwankend verläßt der Hochbahnzug den Bahnhof Gleisdreieck. Fahrt hin über die große, eiserne Brücke, unter der die Bäche der Eisenbahn rollen. Und in diesem Augenblick fällt warmes, goldenes Sonnenlicht in die Wagen, an deren Glasscheiben Eisblumen blühen. Das Sonnenlicht verzaubert die Menschen: der schlaftrübe Lebemann, der mir gegenüber sitzt, sieht plötzlich hoch, hingest wie erwachend mit den Augen und ein vergnügliches Lächeln macht die bläulichen Linien, die um seinen Mund gezeichnet sind, wieder weich. Die Dame, die ihn begleitet, lästert ihren Platz ein wenig. Neben ihr trifft das Sonnenlicht ein kleines Badenmädchen. Das Blondhaar, das sich traus um ihre Stirne ringelt, wird golden durchflutet. Auch sie muß lächeln. Die Hände hat sie über einen Hutkarton gehalten. Auf ihm steht: Levin u. Co. Sie aber ist eine Madonna.

Auf dem Schoß einer Frau sitzt ein kleines Mädchen. Fest gebendet starrt es in das hereinbrechende Sonnenlicht. Reicht die Augen auf — laßt — klatscht in die Hände... Alle, die im Wagen sind, lächeln. Lächeln in diesem einen Augenblick, in dem die Sonne in den laufenden, leise schwankenden Wagen bringt. Fahren wir? Fliegen wir? Fliegen wir alle nicht in einem goldenen Zaubrwagen durch die Luft — hinweg über den Alltag?

Ah, es war nur ein Traum, ein ganz kurzer, schöner Traum. Denn schon ist wieder kalter Schatten im Wagen, der Zug fährt langsamer, dann hält er... Bülowstraße. Ich steige aus. Fahre mit der Straßenbahn weiter. Steige übermüht auf den Bordperron. Dem Führer hängen ein paar gefrorene Tropfen im Bart. Eilig ist der Wind und schneidend. Der Führer dreht sich zu mir hin und sagt: „Nun wird noch mal Winter!“ Ah, denke ich, das ist nur sein letzter, münder Abschied — denn uns hat heute die Sonne getüht. Uns — uns alle! Und alle haben wir gedacht, daß das der Frühling war!

Völkischer Goethe-Ersatz.

In der Münchener Gesellschaft für Rassenhygiene hielt der bekannte Hygieniker Prof. Max von Gruber jüngst einen Vortrag über „Das rassenhygienische Ideal“. Gegen die Ausführungen dieses, soweit wir wissen, streng nationalitätlichen Gelehrten polemisiert in zwei ausgewählten Spalten des „Völkischen Beobachters“ ein ungewisser „Josef Stolzinger“. Er rügt, daß der Geheimrat, die menschliche Vernunft allzu sehr in den Vordergrund rückt, und er bezeichnet die „Grundauffassung, daß es höchstes Ziel menschlicher Arbeit sein müsse, den Menschen die Summe der Leiden zu lindern“ als „einen bedauerlichen Rückfall in längst überwundene Anschauungen“. Die Behauptung Grubers, daß die Deutschen stets für Mischung ihrer Rasse eingetreten seien, wird als „höllisch unrichtig“ zurückgewiesen und dafür Goethe, der bekannte Rassenmischer, als Zeuge zitiert.

„Da Goethe“, heißt es weiter, „nicht mehr in der Lage ist, vom Herrn Geheimrat zu verlangen, daß er sich als Mitglied der deutschen Nation ausweist, stelle ich — Josef Stolzinger — diesen Antrag und verlange daselbe von ihm, was Goethe auch verlangt hätte... Die Studentenschaft Münchens darf und muß wissen, ob hier ein Mann aus deutscher Ueberzeugung heraus zu ihr gesprochen hat oder ob der Sohn oder Enkel eines Juden das deutsche Volk zu beirren sucht.“

Wenn ein Kritischschreiber des „Völkischen Beobachters“ sich als Goethe-Ersatz aufspielen darf, so dürfen wir es schließlich auch. Und so verlangen wir von Herrn Stolzinger daselbe, was er von Prof. Gruber verlangt. Man kann sich nämlich Josef Stolzinger nennen und trotzdem von seinen Vorfahren her rassenfremdes, beispielsweise — Fritz Deubel! — tschechisches Blut in den Adern haben.

Zweifelhafte Geburtsstagesehrung. Herbert Eulenberg, der nunmehr Fünfzigjährige, ukt selbst darüber, wie wenig und wie ungen seine Dramen ausgeführt werden. Mancher Seitenblick fällt auf das nach Eulenbergs Meinung verständnisvolle Publikum und auf den kunststrenge Theaterdirektor. Woran liegt es, daß Eulenbergs Dramen Nauerblümen bleiben? Robert Vitz machte gestern in seinem Theater in der Klosterstraße die Probe aufs Exempel. Er feierte den 50. Geburtstag des Dichters, indem er sein Spiel aus 28 Bildern „Müdenanzug“ auführte. Diese 28 Bilder gingen in flottessem Tempo in Szene, da Vitz die vorhandene dreigeteilte Bühne benutzte. Und das war gut. Sonst wäre es vor Langeweile nicht zu ertragen gewesen. Die schauspielerischen Leistungen des Abends übertrafen. Das muß von vornherein festgestellt werden, um zu unterlassen, auf weisen Konto der zweifelhafte Mißerfolg des „Müdenanzuges“ zu buchen ist. Eulenberg liebt es, mit sorgloser Rainität und grenzenloser Phantasie träumerische Sonderlinge hinzustellen. Die Müdenanzugsfiguren bewegen sich in einer Linie; sie haben durchweg einen Spele. Und sie sind aus einem Material, nämlich aus Holz. Das größte Gebahren dieser verflügeln Menschenkinder, das Eulenberg mit ästischen Witzchen untermalt, erinnert an ein Rasperle-Theater, mit dem einen Unterschied, daß im Rasperle-Theater die Darsteller wirklich aus Holz sind und bei Eulenberg die Schauspieler hölzerner wirken, und mit dem anderen, daß im Rasperle-Theater die Fröhlichkeit kindlicher ist. Bei Eulenberg stören die literarischen Ansätze, ja, es hört sogar in diesem Zusammenhang die häufig hervorquellende, lyrisch-romantische Dichtergestaltung. Der Wehrzahl der Bilder sind netzliche Dichter ausgelegt, alles ist pittoresk und leidet auch verniedlich. Zwei von den 28 Bildern, die firtelansprengen, erst empfundenen, reigten gestern zu unterdrückt Richern, was bei dem außerzigen, gedulden Goethepublikum allerdings bedeutet. Harry Förster, Bert Friede, Ingolf Runze, Nora Rittich, Maria Hofen und Maria Maria Rewes suchten dem Dichter mit allen künstlerischen Mitteln gerecht zu werden. Sie gaben ihr Bestes. Wenn es ihnen nicht gelang, so lag es nicht an ihnen. Eine mißglückte Geburtsstagesehrung. Dgr.

Zur Vorfeier des 70. Geburtstages von Bernard Shaw hält Siegfried Trebitsch am 8. Februar in der Berliner Sektion einen Vortrag „Der deutsche Aufstieg Bernard Shaw“.

Joette Gullbert trat nach zwölfjähriger Pause am Sonntag zum erstenmal wieder vor das Berliner Publikum. Der jubelnde Beifall, der sie begrüßte, galt nicht nur der bekannten großen Künstlerin, sondern war ein merkliches Zeichen der geistigen Wiedervereinigung zweier Nationen, von denen sie die französische als beste Repräsentantin der Sprech- und Gesangskunst vertritt. Was sie darbot, ist die reife Frucht einer Kunstgattung, die so unachahmlich französisch, wie das Lied deutsch ist. Jedes ihrer Chansons ist eine kleine Schauspielszene, voll von Humor und hinreißendem Temperament, ganz gleich, ob sie den beliebten Herrn Barrer, die treulose Chagottin, die resignierte Großmutter darstellt. Diese Frau, deren Alter anzudeuten bereits mehr als unanzut wäre, beherrscht das naive Stimmliche wie das tragisch Sentimentale. Nur im Grausigen, wie in dem bekannten Chanson „La Gu“, wo die Geliebte den Sohn anfeuert, der Mutter das Herz aus dem Leibe zu reißen, schlägt ihre Charakteristik ins Pathetische und zu sehr gewollt stilisierte um. Was sie aber sonst an Beherrschung und Sparsamkeit der Mittel leistet, könnte für deutsche Vertreterinnen dieser Kunst vorbildlich sein, von dem Umfang ihrer Darstellungsgebiete ganz zu schweigen. Es wäre aber falsch, hier auch nur andeutungsweise vergleichen zu wollen, da diese Kunst zwischen Gesang und schauspielerischer Darstellung aus einer nationalen Tradition von Jahrhunderten erwachsen ist und sich nur mit der sprachlichen und körperlichen Annuit der Franzosen vereinigen läßt. Die Begeisterung des Publikums galt daher zum gewissen Teil auch der Offenbarung einer fremden Volksfeier.

Die Stimmen der Völker, ihre Rufe nach Freiheit und Brüderlichkeit, werden auch in der Kunst, in der Dichtung und der Musik dem laut, der sie hören will; das ungefähr wäre die Zusammenfassung der Rede, die in der Dritten proletarischen Feiertunde im Großen Schauspielhaus Genosse Crispin hielt. Er zeigte an der geschichtlichen Entwicklung des Proletariats in den großen Kulturstaaten den Weg, den es weiterzugehen hat und den es mit Bewußtheit auch weitergehen wird, den Weg, dessen Weiser das Wort ist: Proletariat aller Völker, vereinigt euch! Karl Ebert vom Staatstheater sprach im Zusammenhang damit Worte europäischer, amerikanischer und chinesischer Dichter, die die Sehnsucht der Welt nach Frieden, nach Einigkeit lautwerden ließen, die den Krieg und seine Greuel verdammt. Länge und Musik aber brachten in diese erste Stunde einen helleren Klang. Orgelspiel, eine Taktata des Orgelmeisters Joh. Seb. Bach, von Otto Dunkelberg ausdrucksvoll vorgetragen, hatte sie eingeleitet; dann folgten Vorführungen der Tanzgemeinschaft Hertha Feist, an die sich Gesangsvorträge der Sopranistin der Städtischen Oper, Ilona Kelmán, reihten. Besonders hervorzuheben zu werden verdienen aber die Cellosorätze Gubfried Zschwanders, der, von Harzen begleitet, eine Sarabande von Händel, Saint-Saëns „Der Schwan“ und Gabriel Marie „La cinquante“ brachte. Knächtlich lauteten die Hörer, die das Große Schauspielhaus bis auf den letzten Platz füllten, seinem meisterhaften Spiel.

Eine Bauausstellung in Moskau. Das Baukomitee des Stadtrates in Moskau hat beschlossen, das Angebot der deutschen Architekturgesellschaft, eine Bauausstellung in Moskau zu eröffnen, anzunehmen.

genossen auf den Tribünen aus, als endlich das erlösende Wort gesprochen und mitgeteilt werden konnte, daß endlich ein Weg zur Lösung gefunden worden sei. Voller Freude wurden die Mitteilungen des Genossen Lipinski aufgenommen, aus denen hervorging, daß in den Verhandlungen, die die Instanzen geführt haben, ein befriedigendes Ergebnis erzielt worden sei. Als einziger Referent nahm Genosse Arzt das Wort, der in seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen die Probleme der Politik und der Sozialpolitik behandelte. Das Heer der Erwerbslosen sei zu Millionen angeschwollen. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat sich bereit erklärt, im Landtag energisch vorzugehen, um die Not der Massen so weit wie möglich zu mildern.

Dieser Referat des Genossen Arzt auf dem Parteitage wird von der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Lande mit Freude begrüßt werden. Die Parteigenossen sind des Streites müde und verlangen mit Recht, daß sich ihre Führer zusammenfinden in gemeinsamer Arbeit und alle Streitigkeiten beiseite stellen. Ueberall wird es begrüßt werden, daß die Genossen von der Mehrheit der Fraktion das von ihnen verlangte Beispiel von Disziplin gegeben haben.

Kriegsgerichtsrat Loesch:

„Wenn einer die Wahrheit gesagt hat, ist es Calmus.“ Ueber die Glaubwürdigkeit des Zeugen Calmus äußert sich jetzt auch der Zeitschriftenerklärer, der im Jahre 1917 Obermaat auf der „Rheinland“ war und der Vernehmung beigewohnt hat, im „Deutschen Tageblatt“. Er versichert:

Wenn Calmus das Geständnis erpreßt worden wäre, so hätte er nach meiner Ueberzeugung ganz anders gesprochen; in dieser Hinsicht kannte ich Calmus sehr gut. So machte er aber auf mich den Eindruck, daß er gefehlt hatte und jetzt lähnen wollte. Kriegsgerichtsrat Loesch war davon überzeugt, daß C. die reine Wahrheit gesagt hatte und brachte es den übrigen Untersuchungsgefangenen gegenüber zum Ausdruck. Bei der Gegenüberstellung war ich zugegen. Es war ein erregtes Durcheinander, so daß ich mich der Einzelheiten nicht mehr genau entsinnen kann. Nur die Worte des Kriegsgerichtsrats Loesch weiß ich noch bestimmt. Indem er auf C. deutete, sagte er: „Wenn einer die Wahrheit gesagt hat, so ist es Calmus.“

Den Eindruck hatte ich damals auch und habe ihn heute noch. Ich bin bereit, meine Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß zu wiederholen.

Abgesehen davon, daß die Aussage des Matrosen Calmus — der berühmte „Kinoroman“ vom Schwur auf den Degen und dem Geklimper mit dem Geißel — für jeden nicht völlig verblödeten Menschen von vornherein den Charakter einer komischen Erfindung trägt, hat Calmus inzwischen bekanntlich selbst seine damalige Aussage für erfunden erklärt. Belastend ist die Erklärung Feuerjägers daher nur für den Kriegsgerichtsrat Loesch und für die Methode, nach der Todesurteile zustande gebracht und hochpolitische Aktionen inszeniert wurden. Wir hoffen mit Herrn Feuerjäger, daß sich der Untersuchungsausschuß mit dieser Methode noch sehr genau beschäftigen wird.

Gegen die Fürstenabfindung.

Gewaltige Kundgebung in Kiel.

Kiel, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag vormittag fand in Kiel in der neuen Messehalle eine von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete Kundgebung statt. Es hatten sich über 10000 Personen eingefunden, die den Worten des Referenten, des Reichstagspräsidenten Genossen Böbe und der Reichstagsabgeordneten Genossin Luise Schröder lebhaft zustimmend folgten. Folgende Entschlüsse gelangte als Willenskundgebung der Kieler Bevölkerung einstimmig zur Annahme: „Die heute am Sonntag, den 31. Januar, in Kiel in der Nordostseehalle tagende, von über 10000 Personen besuchte Versammlung fordert die Enteignung der Fürsten ohne Entschädigung. Das enteignete Vermögen soll zugunsten der Erwerbslosen und Rentempfangler verwendet werden. Um die immer größer werdende Not der Erwerbslosen sofort zu lindern, wird ferner von den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden gefordert: 1. Eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung; 2. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung während der Dauer der Arbeitslosigkeit; 3. Einführung der Kurzarbeiterunterstützung; 4. Sofortige Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Die Versammelten erklären, daß sie gewillt sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung dieser Forderungen zu kämpfen.“

Nach Schluß der Versammlung formierte sich ein Demonstrationzug, der unter Vorantritt der Reichsbannerkapelle durch die Stadt marschierte und viel Aufsehen erregte.

Kundgebung in Königsberg.

Königsberg, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Eine vom Reichsbanner veranstaltete Kundgebung gegen die Forderungen der Fürsten an das notleidende Volk gestaltete sich zu einer riesigen Demonstration. Als Redner waren bestellt worden: der frühere Reichskanzler Wirth, der Landtagsabgeordnete Hermann und der Abgeordnete Scheidemann. Wirth war durch den Tod seiner Mutter am Sprechen verhindert. Für ihn sprangen Königsberger Redner ein. In drei großen Sälen mußten Scheidemann und Siering reden. Scheidemann begann in dem größten Saal der Stadthalle mit dem Hinweis auf die Befreiung Königs und schloß mit den Worten: „Treu wie das Rheinland zum Reich gestanden ist, wird auch der Osten zur jungen deutschen Republik stehen“. Die Demonstration nahm einen für Königsberg ungeahnten Verlauf. Die ganze Stadt war auf den Beinen, und Tausende konnten keinen Zutritt zum Versammlungsort finden. Eine Resolution, die die Forderungen der Fürsten ablehnt, wurde überall einstimmig angenommen.

Völkerbundsfeinde als Völkerbundsbeamte?

Eine Erklärung von Dr. Max Beer.

Zu unserer Notiz in der Sonnabend-Abendausgabe erhalten wir aus Genf eine telegraphische Erklärung des Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“, Dr. Max Beer, der entschieden bestreitet, daß er sich um einen Posten beim Völkerbund beworben hätte; ferner stellt er in Abrede, daß er irgendwelche Beziehungen zur Hugenberg-Presse unterhalte und mit dem Genfer Standausschuß dieser Blätter etwas zu tun gehabt hätte. Auch Dr. Kriegel dementiert in einer Zuschrift an uns die Existenz besonderer Beziehungen zwischen ihm und Dr. Beer.

Wir nehmen von diesen Erklärungen Kenntnis, müssen aber bemerken, daß hier nicht behauptet wurde, Dr. Beer hätte sich um eine Stellung im Völkerbund „beworben“. Wir schreiben nur, daß er „in Aussicht genommen“ sei. Diese, uns von verschiedenen Quellen durchaus gut unterrichteten Stellen zugegangene Mitteilung wird weder von Dr. Beer, noch amtlicherseits bestritten.

Uns könnte übrigens ein amtliches Dementi nur recht sein, da somit eine durchaus ungeeignete Kandidatur endgültig erledigt wäre.

Warum Dr. Beer für einen Völkerbundsposten ungeeignet sei, haben wir ausführlich begründet. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ bestreitet zwar nicht, daß er bis vor kurzem zu den Gegnern des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gehörte und daß er in seinem Blatte die deutschen Propagandisten dieses Eintritts als „freiwillige diplomatische Fremdenlegionäre Frankreichs“ bezeichnet hat, eine Bezeichnung, die seither wiederholt und mit Wonne von der deutschen Presse übernommen wurde. Er leugnet lediglich jeden Konnex mit dem Standausschuß der Hugenberg-Presse. Wir bringen dieses Dementi zur Kenntnis unserer Leser, müssen aber hinzufügen, daß der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ diesem Feldzug durch eigene Telegramme an sein Blatt (siehe zweite Morgenausgabe der „A. Z.“ vom 29. Dezember) Nahrung geliefert hat.

War es also kein Zusammenarbeiten, so doch zumindest ein paralleles Arbeiten zwischen den Hugenberg-Organen und dem Genfer Vertreter der „Kölnischen Zeitung“.

Hannoverscher Provinziallandtag.

Die Groß-Hamburger Frage. — Wahlen zum Staatsrat und Ausschuß.

Hannover, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der neugewählte hannoversche Provinziallandtag, der vom Mittwoch bis Sonnabend voriger Woche tagte, hatte sich unter anderem mit der Groß-Hamburger Frage zu befassen. Es wurde hierzu ein fast einstimmiger Beschluß gefaßt, in dem eine baldige Klärung dieser Frage von der Preussischen Regierung gewünscht wird. Gebietsabtretungen Preußens sollen nur so weit in Frage kommen, soweit es die Entwicklung des Hamburger Hafens unbedingt verlangt. Der Provinziallandtag spricht sich aber entschieden gegen eine Abtretung der Stadt Wilhelmsburg an Hamburg aus. In der Frage der Unterwerfung wurde dagegen protestiert, daß das Reich im einseitigen Interesse Bremens vorgegangen sei.

Bei der Wahl der Mitglieder zum Staatsrat kam eine Listenverbindung zwischen SPD., Demokraten, Zentrum und Sparsfraktion zustande. Gewählt wurden: von den Sozialdemokraten Landesrat André-Hannover und Arbeitersekretär Andreas Müller-Harburg. In den Provinzialausschuß, der sich aus 13 Mitgliedern zusammensetzt, wurden fünf Sozialdemokraten, 6 Vertreter der Rechtsparteien, 1 Zentrumsmann und 1 Demokrat gewählt.

Bei der Wahl des Mitgliedes zum Reichsrat unterlag der bisherige Vertreter der Provinz, Landschaftsrat von der Winke-Bargfeld, Deutschhannoveraner, mit einer Stimme Mehrheit wurde Landgerichtsdirektor Breitenstein-Hildesheim (Str.) gewählt.

Die Vertretung Amerikas in Genf bewilligt. Der Senat hat Freitag die Vorlage angenommen, die 50000 Dollar für die Vertretung der Vereinigten Staaten auf der vorbereitenden Konferenz für die Abrüstung in Genf vorsieht. Da das Repräsentantenhaus bereits am 18. Januar der Vorlage zustimmte, hat die Teilnahme Amerikas an den Genfer Verhandlungen somit die nötige Billigung der beiden gesetzgebenden Körperschaften gefunden.

Kölner Glocken.

Mit dem Schnellzug fährt man zehn Stunden von Berlin bis Köln, vielleicht etwas weniger, und in der Zeit der Poststunde mußte man als gewissenhafter Mensch vor dieser Reise ein Testament machen. Ehemals zwei getrennte Welten, heute eine verbundene Einheit. Die moderne Technik schlägt Brücken, gleich aus, schweißt zusammen. Eben beendet die Jazz-Kapelle im Vorhaus den letzten Step, eben verflucht das Deutschlandlied, und man hört die „Deutsche Glocke“ in Köln, man vernimmt den verworrenen Lärm der begeisterten Menge auf dem Kölner Domplatz. Gibt es noch Entfernungen? Was sind heute siebenhundert Kilometer? Entfernungen trennen nicht mehr.

Ein summendes Geräusch, verwirrt, verfliegend, dann wieder anschwellend, ein gefälliges Wogen, dazwischen zählt jemand, um die Einstellung der Apparate zu prüfen. Allmählich wächst das Brausen zu einem ohrenbetäubenden Lärm. Ja, es ist, als ob man selbst unter der Menge wäre, selbst auf dem Kölner Domplatz stünde und darauf warte, daß die „Deutsche Glocke“ die Stunde der Befreiung verkünde. Böhlich verstimmt der Lärm, mit schweren Schlägen setzt der Gesang der Glocke ein. Aber das kann nicht Köln sein, in irgendeiner Berliner Kirche wird geläutet, so nah und stark klingt alles. Die Töne erfüllen das Zimmer. Und selbst im Garten hört man noch die Glocke. Dann spricht Oberbürgermeister Widenauer, seine Stimme klingt voll und klar, als ob er vom Vorhaus einen Vortrag halte. Er spricht Worte der Verjüngung und Verständigung, er widmet den abziehenden Engländern Anerkennung für ihr musterhaftes Betragen. Die Menge singt das Deutschlandlied. Tausende Menschen müssen auf dem Domplatz sein, das Zimmer dröhnt. Und selbst hier in Berlin wird man mitgerissen von der Begeisterung. Dann wird es undeutlicher, Brauns Rede klingt hin und wieder verwischt, die Musik läßt nach. Doch manche Sätze werden scharf gegeben, Sätze, in denen er den Dank der Regierung den Rheinländern ausspricht. Die Menge jubelt, die Glocken läuten, ein Chor singt. Der Gongklang verkündet das Ende der Uebertreibung, der Anjoger spricht einige abschließende Worte. Der Zauber ist verstimmt. Das Zimmer liegt wieder still da.

Schwere Autounfälle.

Wieder einmal am Kaiserpavillon in Wannsee.

Am Sonntagvormittag gegen 2 Uhr ereignete sich auf der Chaussee Wannsee-Stahnsdorf in der Nähe der Bahnunterführung der Bismarckstraße in Wannsee am Kaiserpavillon ein schwerer Autounfall. Ein mit vier Personen besetztes Automobil fuhr gegen einen Baum, überschlug sich, so daß die Insassen herausgeschleudert wurden und bestmungslos liegen blieben. Es wurde die Feuerwehr alarmiert, die bei ihrem Eintreffen nur den zertrümmerten Wagen vorfand. Einige von den zahlreich hier vorübergehenden Automobilen hatte die Verletzten mitgenommen. — Ein weiterer Unfall ereignete sich am Vormittag in Potsdam in der Nähe des Lustschiffhafens, wo ein gleichfalls mit vier Personen besetztes Automobil gegen einen Wagen der Straßenbahnlinie A fuhr. Die Insassen des Autos, ein Ingenieur Dierts aus Schönfließ, dessen Frau, sowie zwei weibliche Begleiterinnen wurden erheblich verletzt und mußten in das Potsdamer Krankenhaus transportiert werden. Während Frau Dierts, die schwerer verletzt ist, im Krankenhaus verbleiben mußte, konnten die anderen am Abend nach Anlegung von Verbänden nach Berlin zurückgebracht werden. — Zu dem Unfall in Wannsee wollen wir darauf hinweisen, daß an dieser Stelle, die zu den gefährlichsten in Groß-Berlin gehört, am gestrigen Sonntag abend gegen 6 Uhr kein Polizeiposten zu sehen war. Um diese Zeit konnten in 5 Minuten 45 Automobile, und dabei einmal in einer Minute 16 Automobile gezählt werden. Eine solche Stelle, die durch ihre Autounfälle berüchtigt ist, muß am Sonntag ständige Aufsicht haben.

Für Geschädigte nichts — für die Fürsten alles!

Kundgebung im Friedrichshain.

Die Arbeitsgemeinschaft der Interessentenvertretungen für den Erlass von Kriegs- und Verdüngerungsschäden, eine Dachorganisation verschiedenster ausländischer und kolonialdeutscher Organisationen, hatte für Sonntagvormittag zu einer Protestkundgebung gegen die Entschädigungskomodie der Reichsregierung in den Saalbau Friedrichshain ausgerufen. Der riesige Saal war bis zum Brechen gefüllt, auf den Treppen stauten sich die Massen, so daß eine Parallelsammlung im kleinen Saal stattfinden mußte. Die Versammlung nahm einen sehr erregten, teilweise tumultuarischen Verlauf.

Als erster Redner ergriff Geheimrat Groffe vom Bund der Auslandsdeutschen das Wort. Er betonte, daß den Auslandsdeutschen volle Entlastung hinsichtlich ihrer Verbindlichkeiten im Ausland, und zwar in Höhe von 2,3 Milliarden zuteil geworden wäre. 600 Millionen in Gold, also rund 25 Proz. der Schulden, habe das Reich davon in bar abgetragen. Die Abdeckung sei zu einer Zeit erfolgt, da man den liquidationsgeschädigten Auslands- und Grenzlandsdeutschen nur nichtsbedeutende Promissessehe im Entschädigungsverfahren angeboten habe. 5 Proz. erhielten die Geschädigten, 15 Proz. wurden anderweitig verbraucht. Der Redner kam dann auf die Frage der Fürstenabfindung zu sprechen, betonte, daß das „Privateigentum zu respektieren“ sei. Dieses rief einige Unruhe hervor. Dr. Burper vom Hilfsbund für die Elsas-Lotharinger im Deutschen Reich bewies an Hand zahlreicher Tatsachen, wie jämmerlich schlecht für die Vertriebenen und Liquidierten gezeigt worden ist. Der Redner forderte zum Schluß eine Notstandsaktion für die alten gebrechlichen und erwerbsunfähigen Vertriebenen. Bundesdirektor Ginkel vom Deutschen Ostbund gab weitere Einzelheiten der ungenügenden Entschädigungssätze. Dann kam Herr Laperrenz im Namen der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Er sprach unter häufigen erregten Zwischenrufen und starker Unruhe. Stürmische Zustimmung fand der Genosse Künstler, als er mit aller Entschiedenheit für eine gerechte Entschädigung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des notleidenden Landes eintrat. Die Regierung aber, die den Ruhrindustriellen 700 Millionen nachgeworfen hätte, sei für die Kleingeschädigten nicht zu sprechen. Genosse Künstler ging dann in Ermüdung auf die Ausführungen von Groffe und Laperrenz auf die „Fürstenabfindung“ ein. Es handelte sich bei den Fürsten um das Eigentum des Volkes, das der Nation gehöre. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Obendick von den Kommunisten untertrifft Künstlers Ausführungen. Eine Resolution, die die Verringerung der Not der Geschädigten verlangt, stellt folgende Forderungen auf: eine Erhöhung des Härtefonds, insbesondere zugunsten der alten und erwerbsunfähigen Vertriebenen, — Gewährung von Mittelstandsdarlehen, — Gewährung von Entschädigungen oder Kredithilfe für solche Geschädigte, deren anerkannte Schäden nach den geltenden Richtlinien nur zum Teil berücksichtigt werden.

3249 Verkehrsunfälle im vierten Quartal 1925.

Folgen des schnellenfahrens: 36 Tote.

Aus ihrer Statistik der Hauptverkehrsstelle des Polizeipräsidiums in Charlottenburg entnehmen wir, daß die Zahl der Zusammenstöße im letzten Quartal des vergangenen Jahres gegen das dritte Vierteljahr infolge der Zunahme der Verkehrsmittel gestiegen ist, und zwar von 3034 auf 3249. Insgesamt sind dabei 36 Personen (gegen 33) getötet und 1350 (1360) verletzt worden. An der Spitze der Verurlicher dieser Unfälle marschieren die Personentransportwagen mit 718 (693) Fällen. Dann folgen die 5945 (5040) Kraftfahrzeuge mit 675 (649), die 8309 (8255) Lastkraftwagen mit 389 (368), die Treträder mit 357 (332), die 3335 (3218) Straßenbahnwagen mit 304 (306), die 9025 (8578) Kraftfahrzeuge mit 281 (229), die Tierbegegnungen mit 274 (285) Zusammenstößen. Die geringste Zahl von Unfällen haben die etwa 300 Kraftomnibusse aufzuweisen, nämlich 81 gegen 64. Bemerkenswert ist, daß am Jahresabschluss nur 14823 Personentransportwagen gezählt wurden gegen 14970 am Ende des 3. Quartals. Die Schuld an den Zusammenstößen wurde zugeschrieben in 448 (442) Fällen den Personentransportwagen, in 390 (364) den Kraftfahrzeugen, in 238 (297) den Treträdern, in 243 (193) den Lastkraftwagen usw. Als Ursache ist in den meisten Fällen übermäßig schnelles Fahren ermittelt worden, auf Trunkenheit sind 63 (59) Fälle zurückzuführen. Von den beteiligten Kraftfahrzeugführern belanden 23 (26) keinen Führerschein, 38 (33) trühten nach dem Unfall. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß in der letzten Zeit die Belichtung der Nummern sehr zu wünschen übrig läßt. Hier muß schnelle Verringerung eintreten.

Die neue städtische Autosteuer beschlossen.

Heute vormittag hat sich im Rathaus unter Beteiligung des Stadtbaurats Hahn der Stadtratsordnenausschuß zum letztenmal mit der Magistratsvorlage über die Erhebung von sogenannten Vorausleistungen zur Wegeunterhaltung beschäftigt. Es wurden noch einmal Interessentenvertreter gehört, u. a. ein Sprecher der Industrie- und Handelskammer und ein Vertreter des Verkehrsverbundes. Für die Vertagung der Steuer vorlagen bis zur endgültigen Verabschiedung der neuen Reichsautofahrzeugsteuer erhob sich nur eine Stimme. Der Ausschuß trat der Zustimmung des Stadtbaurats Hahn bei, daß Berlin niemals bei der Verteilung der Steuererträge besser wegkommen wird, solange es nicht durch die Einführung einer eigenen Steuer selber einen Druck in dieser Richtung ausübt. Deswegen erfolgte schließlich in der Endabstimmung die Annahme der Steuer auch einstimmig durch die Vertreter aller Fraktionen. Gegenüber der ursprünglichen Vorlage sind nur insofern Veränderungen vorgenommen worden, als die Kraftfahrzeuge nur mit dem halben Satz herangezogen werden sollen und die Belastung der Abzug auf höchstens 1 Proz. ihres Bruttoumlages zu begrenzen ist. Die Vorlage selber soll am Donnerstag in der Stadtratsordnenausschussung zur Verabschiedung kommen. Sie steht bereits auf der Tagesordnung. Ihre Annahme ist nach dem Gang der Ausschussverhandlungen, wie wir bereits vorausgesagt haben, absolut sicher.

Ein Neubau in Flammen.

Großfeuer, bei dem mehrere Beamte der Feuerwehr verletzt wurden, entstand am Sonntag nachm. gegen 2 Uhr in einem Neubau in der Trüffelstraße ohne Nummer in Riechschönweide, angeblich durch einen brennenden Rostkorb. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, brannte schon das Erdgeschoss, sowie das erste und zweite Stockwerk in solcher Ausdehnung, daß die Feuerwehrleute aus dem Ort und der Nachbarschaft mit vier Schlauchleitungen von Motorpumpen stundenlang mühsam löschen mußten, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Der Schaden ist sehr erheblich. Der Neubau sollte in einigen Wochen fertiggestellt werden. Baurat Sauer erlitt eine Brustverletzung, Feuerwehrmann Christel Verletzungen im Rücken durch herabfallende Glassplitter und sein Kollege Barvul Brandwunden an beiden Händen.

Der Versuchung erliegen.

Mit 8500 M. verschwunden ist seit Sonnabend nachmittags die 17 Jahre alte Stenotypistin Elisabeth R., die bei ihren Eltern in der Rudolfstraße wohnte und seit sechs Wochen bei einer Firma in der Ruerstraße angeheiratet war. Das Mädchen hatte den Auftrag erhalten, das Geld nach der Bankbuch bei einer hiesigen Bank einzuzahlen, kam aber nicht wieder ins Geschäft zurück. Eine Anfrage bei ihren Angehörigen ergab, daß sie sich auch dort nicht hatte sehen lassen. Es wird daher vermutet, daß die R. mit dem Gelde durchgebrannt ist. In ihrer Begleitung befindet sich möglicherweise ein ihr bekannter junger Mann.

